



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und Fraktion (SPD)

Möglicher Abzug amerikanischer Streitkräfte aus Bayern – Bericht der Staatsregierung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten,

- welche konkreten Informationen ihr hinsichtlich eines möglichen oder geplanten Abzugs von Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika aus Bayern und Deutschland vorliegen,
- wie sie die sicherheits-, außen-, wirtschafts- und strukturpolitischen Auswirkungen eines solchen Abzugs insbesondere für den Freistaat bewertet,
- welche Gespräche sie hierzu mit der Bundesregierung, den zuständigen Stellen der Vereinigten Staaten sowie mit betroffenen Kommunen und Regionen führt,
- welche Maßnahmen sie zu ergreifen beabsichtigt, um etwaige negative Folgen für die betroffenen Standorte, Beschäftigten und deren Familien abzufedern,
- welche Initiativen sie zur Stärkung der transatlantischen Beziehungen und der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit insbesondere mit den in Bayern stationierten US-Streitkräften unternimmt.

Begründung:

Die Präsenz amerikanischer Streitkräfte in Deutschland und insbesondere in Bayern ist seit Jahrzehnten ein zentraler Pfeiler der europäischen und internationalen Sicherheitsarchitektur. Sie ist Ausdruck der engen transatlantischen Partnerschaft, die auf gemeinsamen Werten wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit beruht. Gerade Bayern nimmt hierbei eine herausragende Rolle ein: Zahlreiche Standorte der US-Streitkräfte prägen seit Generationen das gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben ganzer Regionen.

Ein möglicher Abzug amerikanischer Truppen hätte daher weitreichende Konsequenzen – nicht nur sicherheitspolitisch, sondern auch für die wirtschaftliche Stabilität und die soziale Struktur vieler Kommunen. Tausende Arbeitsplätze hängen direkt oder indirekt von der Präsenz der US-Streitkräfte ab. Darüber hinaus sind über Jahrzehnte gewachsene persönliche Beziehungen, zivilgesellschaftliche Kooperationen und kulturelle Verbindungen ein unverzichtbarer Bestandteil der besonderen bayerisch-amerikanischen Freundschaft geworden.

Diese Freundschaft ist weit mehr als ein strategisches Bündnis. Sie ist lebendige Partnerschaft, getragen von Begegnungen, gegenseitigem Vertrauen und gemeinsamer

Verantwortung. Städtepartnerschaften, schulische Austauschprogramme und vielfältige gesellschaftliche Initiativen haben ein dichtes Netzwerk entstehen lassen, das die transatlantischen Beziehungen fest im Alltag der Menschen verankert. Ein Rückzug amerikanischer Streitkräfte würde daher nicht nur militärische Strukturen betreffen, sondern auch dieses gewachsene Geflecht menschlicher Beziehungen.

Zugleich steht Europa vor erheblichen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Die geopolitische Lage ist von zunehmenden Spannungen geprägt. In dieser Situation ist ein starkes transatlantisches Bündnis von zentraler Bedeutung. Die Präsenz der Vereinigten Staaten in Europa – und insbesondere in Deutschland – ist ein wesentliches Element kollektiver Sicherheit und Abschreckung. Veränderungen in dieser Präsenz bedürfen daher einer sorgfältigen politischen Bewertung und einer engen Abstimmung zwischen allen Ebenen staatlichen Handelns.